

osteuropäischen Juden“ (S. 9) die Rede – ist aus den biographischen Wurzeln der Mitarbeiter zu erklären, paßt aber durchaus in den Kontext des Kulturrelativismus, wie ihn Ruth Benedict geprägt hatte. In der Beschäftigung mit den „alten“ Kulturen schwang stets auch ein Stück Bewunderung für diese wie Kritik an den sogenannten zivilisierten Gesellschaften mit.

Die Juden lassen sich als kulturelle Gruppe ähnlich eingrenzen wie die Gemeinschaften, die bis zu den vierziger Jahren Gegenstand kulturanthropologischer Untersuchungen waren: Sie besitzen keine politisch-staatlich organisierte Form, sind aber durch ihre Religion und feste Rituale im Alltagsleben kulturell klar von ihren Nachbarn unterschieden. In der Tatsache, daß sie über schriftliche Überlieferung verfügen, und damit über ein wichtiges Merkmal von Hochkulturen, liegt allerdings eine wesentliche Unterscheidung zu den schriftlosen Völkern, mit denen die Anthropologen sich sonst beschäftigen. So kommt dieser Untersuchung in der Geschichte der Anthropologie eine Schlüsselstelle zu. Leider erfährt man in dieser Ausgabe darüber nichts: Die Einleitung von Margret Mead wie das Vorwort der Verfasser wurden gekürzt, vor allem aber fehlt jede Information über den Stellenwert dieses Projekts in der Geschichte der Anthropologie. Der Verlag stellt das Buch als „Hauptquelle für osteuropäische jüdische Kultur“ (Klappentext) vor, was sicher seine Berechtigung hat. Doch 40 Jahre nach seiner Entstehung hätte ihm ein einordnendes Nachwort sowohl in bezug auf die Geschichte der Anthropologie wie auf die Wissenschaft vom Judentum gutgetan. Auch wünschte man sich, daß die Bibliographie über die damals benutzten Werke hinaus wenigstens Hinweise auf neuere Literatur zum weiteren Nachschlagen oder Vergleichen bringen würde.

Darmstadt

Thomas Lange

Transformation der Eigentumsordnung im östlichen Mitteleuropa. (Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien, 17.) Verlag J. G. Herder-Institut. Marburg/Lahn 1991. VIII, 126 S. DM 21,—

Der vorliegende Sammelband enthält zum Teil erheblich erweiterte Referate einer Tagung, die die Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im J. G. Herder-Forschungsrat (Marburg/Lahn) zur „Transformation der Eigentumsordnung im östlichen Mitteleuropa“ abgehalten hat. Ausgehend von eher ordnungstheoretischen und -politischen Aspekten des Themas in Teil I des Bandes, schließen sich in Teil II Berichte zu neueren Entwicklungen der Privatisierungspolitik in Polen, Ungarn und der damaligen ČSFR sowie ein Bericht zur Entwicklung in der früheren DDR – den heutigen fünf neuen Bundesländern – an. In Teil III des Bandes stehen im wesentlichen unternehmensspezifische Fragestellungen im Vordergrund, die bei der Umwandlung der Eigentumsordnung in den Staaten Mittel- und Osteuropas generell zu beantworten sind.

Im Rahmen des Übergangs von ehemals planwirtschaftlich gelenkten Volkswirtschaften zu Marktwirtschaften westlicher Prägung nimmt die Umgestaltung der Eigentumsordnung ohne Zweifel eine Sonderstellung ein. Ein wesentlicher Grund dafür ist die im Beitrag von Spiridon Paraskewopoulos noch einmal herausgestellte Bedeutung des Staatseigentums in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, in der die Nutzung der Produktionsmittel im Interesse der gesamten Gesellschaft erfolgen sollte. Dieses Ziel hat sich bekanntermaßen nicht nur als Fiktion erwiesen, sondern die Verstaatlichung der Produktionsmittel hat auch der Bürokratisierung der Wirtschaft und dem ineffizienten Einsatz der knappen Ressourcen Vorschub geleistet. Der Beitrag von Alfred Schüller stellt die ökonomischen Anreiz- und Kontrollfunktionen der Eigentumsrechte im Prozeß der marktwirtschaftlichen Koordination heraus. Besonderes Verdienst gebührt

dem Autor dafür, daß er in seinem Beitrag an die aktuelle Deregulierungsdebatte und Privatisierungsdiskussion von öffentlichen Unternehmen (Bundesbank, Bundespost TELEKOM) anknüpft und damit auf die „Reformfähigkeit“ westlicher Marktwirtschaften verweist. Da die Veränderung der Eigentumsordnung in den Staaten Mittel- und Osteuropas vor allem neue Anforderungen an das Rechtssystem stellt, beleuchtet Alexander U s c h a k o w in seinem Beitrag die juristischen Aspekte des Eigentums. Der Beitrag ist allerdings zu stark rückblickend angelegt und berücksichtigt zu wenig die rechtlichen Aspekte jener Fragen, vor denen alle Reformer im östlichen Mitteleuropas stehen: Wer ist, wer soll neuer Eigentümer sein? Wie und wann soll privatisiert werden? Was geschieht mit neuen Betriebsstätten oder dem Vermögenszuwachs? Leider wurde in dem eher ordnungstheoretischen Teil des Sammelbandes auf eine Einbeziehung des „property-rights Ansatzes“ verzichtet, mit dessen Hilfe die Funktionsweise von alternativen Eigentumsordnungen und Rechtssystemen analysiert werden kann.

Die Länderberichte zeigen, daß die mit der Privatisierung des Staatseigentums verbundenen Fragen in den einzelnen Staaten höchst unterschiedlich diskutiert werden. Einzelne Aussagen der Länderstudien sind zwar zum Teil durch die aktuelle Entwicklung überholt, das Spektrum an denkbaren Privatisierungspolitiken wird aber dennoch im wesentlichen erfaßt. Der Beitrag von Kálmán Mizsei weist unter besonderer Berücksichtigung Polens und Ungarns insgesamt acht Privatisierungstechniken staatlichen Eigentums aus, die von der Reprivatisierung über die Ausgabe von Volksaktien bis hin zur Ausstattung der Mitarbeiter mit Eigentum reichen. Václav Klusoň analysiert am Beispiel der ČSFR die Reprivatisierung, die unentgeltliche Übertragung des Staatseigentums an die Bürger („Kuponmodell“) sowie den Verkauf staatlicher Eigentumsanteile an natürliche und juristische Personen. Die besondere Situation der neuen Bundesländer gegenüber den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas wird im Beitrag von Werner Klein beleuchtet. Hier wurde die Treuhandanstalt damit beauftragt, die früheren volkseigenen Betriebe wettbewerbsfähig zu strukturieren und zu privatisieren. Ungeachtet der unterschiedlichen Ausgangssituation hätte aber an dieser Stelle ein Hinweis darauf erfolgen können, ob und inwieweit aus den Erfahrungen in den neuen Bundesländern auch Rückschlüsse für die Privatisierungspolitiken in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas zu ziehen sind. Die oft im Zusammenhang mit den Aufgaben der Treuhandanstalt schlagwortartig geführte Diskussion um „Privatisierung, Sanierung und Stilllegung von zuvor volkseigenen Betrieben“ bietet zum Beispiel reichhaltiges Anschauungsmaterial.

Die verschiedenen Wege zur Privatisierung staatlichen Eigentums lassen sich vor allem an der Problematik festmachen, wie die Staatsunternehmen in eine auf Privateigentum basierende marktwirtschaftliche Ordnung überführt werden können. Karl von Delhaes und W. Jermakowicz rücken dabei in ihrem Aufsatz die Frage in den Mittelpunkt, welcher Beitrag durch eine Entstaatlichung und Entflechtung sozialistischer Großbetriebe zum Entstehen einer wettbewerbsfähig strukturierten Unternehmenslandschaft geleistet werden kann. Die Autoren problematisieren in diesem Zusammenhang auch die Ansicht, nur eine sofortige und radikale Privatisierung aller Staatsunternehmen könne bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme in den Staaten Mittel- und Osteuropas helfen. Wird akzeptiert, daß in diesen Staaten ein beachtlicher, wenn auch stetig schrumpfender Teil der Unternehmen für eine gewisse Zeit in Staatseigentum verbleiben muß, dann kommt zwangsläufig die Frage auf, wie diese Unternehmen dennoch zu einem marktwirtschaftlichen Handeln angeleitet werden können. Dieser Frage wird in dem Beitrag von Barbara Błaszczuk unter dem Stichwort „Kommerzialisierung von Staatsunternehmen“ anhand der polnischen Diskussion nachgegangen. Die Autorin verweist dabei richtigerweise vor allem auf den Zusammenhang der „Kommerzialisierung“ mit Änderungen im gesamtwirtschaftlichen Ord-

nungsrahmen, wodurch deutlich wird, daß die Heranführung von Staatsunternehmen an wettbewerbliches Verhalten nicht losgelöst von Entwicklungen der Wirtschaftsordnung insgesamt betrachtet werden kann. Die Wirtschaftspolitik wäre aber schlecht beraten, wenn sie neben der Privatisierung und Kommerzialisierung von Staatsunternehmen die Neugründung von Unternehmen sowie ihren Beitrag zu Produktion und Beschäftigung vernachlässigen würde. Diesem Gesichtspunkt wird im abschließenden Beitrag von Horst Brezinski Rechnung getragen. Damit wird auch die Brücke von der Umwandlung der Eigentumsordnung zu den generellen marktwirtschaftlichen Voraussetzungen für die Neugründung von Unternehmen in den ehemals sozialistischen Wirtschaftsordnungen geschlagen. Dieser Brückenschlag ist insofern wichtig, da marktwirtschaftliche Voraussetzungen wie Währungs-, Wettbewerbs- und Finanzordnung den Rahmen bilden, in dem sich auch die privatisierten oder noch zu privatisierenden Staatsunternehmen bewegen müssen.

Insgesamt handelt es sich bei dem vorgelegten Sammelband um eine lesenswerte und gelungene Zusammenstellung von Beiträgen zu dem behandelten Thema. Obwohl die Grundentscheidung für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung in den Staaten Mittel- und Osteuropas gefallen sein dürfte, wird einmal mehr deutlich, daß nicht alle damit konsequenterweise zu verbindenden Veränderungen der Eigentumsordnung simultan und mit der gleichen Rigorosität in den einzelnen Staaten durchzusetzen sein werden. Die Lehre von der „Interdependenz der Ordnungen“ gibt jedoch genügend Hinweise darauf, daß marktwirtschaftliche Reformen in den Ländern Mittel- und Osteuropas ohne eine konsequente Umwandlung der überkommenen Eigentumsordnung dauerhaft keinen Erfolg haben können.

Bonn

Reiner Clement

Systemwandel im Bildungs- und Erziehungswesen in Mittel- und Osteuropa. Hrsg. von Oskar Anweiler. (Osteuropaforschung. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Bd. 31.) Berlin Verlag Arno Spitz. Berlin 1992. 212 S. DM 48,—

Dieser Band, der die Ergebnisse der 8. Internationalen Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde über die Bildungsentwicklung in den Staaten des früheren Ostblocks vom November 1990 zusammenfaßt, bietet eine hochaktuelle Bestandsaufnahme über den gegenwärtigen Stand der Bildungsreform in den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas. Im Ganzen handelt es sich um eine Art Zwischenbilanz der bildungspolitischen Entwicklungen, deren Veränderungen noch andauern. Dabei ist fast allen Beiträgen eigen, daß für die Reformen auf dem Gebiet der Bildungspolitik immer ein längerer Zeitraum in Rechnung gestellt wird. Vorschnelle Ergebnisse werden in keinem Fall erwartet.

Von den insgesamt 16 Beiträgen seien an dieser Stelle diejenigen ausgewählt, die das Gebiet der ZfO betreffen. Die Besonderheit dieser Aufsätze liegt darin, daß diese bildungspolitischen Probleme nicht nur durch Gelehrte im Westen gleichsam „von außen“ beleuchtet werden, sondern auch durch die Analysen der betroffenen Fachleute „von innen“ an der politischen Entwicklung festgemacht werden. Das ist das Ergebnis des Umbruchs der Jahre 1989 und 1990.

So liegen schon für Estland gleich zwei Beiträge vor: Peter Hilke (München) und Rein Virkus (Tallinn) schildern den Transformationsprozeß des Bildungswesens in diesem Land. Für Estland galt ja, wie für die anderen beiden baltischen Länder, eine gewisse Ausnahmeregelung; die Mittelschule erstreckte sich über 11 Jahre, das war ein Jahr länger als in der übrigen Sowjetunion. Die beiden Beiträge stimmen darüber überein, daß das auch in Zukunft so bleiben sollte. Die Vorschläge für die zukünftige